



Frankfurt am Main, 23. März 2014

Erklärung der AfA Hessen-Süd

Solidari-
täts-
erklärung

Wir stehen an der Seite der berechtigten Forderungen der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes.

Wir ArbeitnehmerInnen und GewerkschafterInnen in der SPD unterstützen die Forderungen der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes und ihrer DGB-Gewerkschaften nach einem nachhaltigen Lohn- und Einkommensnachschlag. Die Stagnation der Löhne und Gehälter muss beendet werden, damit die Arbeiter und Angestellten und ihre Familien am Produktivitätsfortschritt teilhaben können.

Wir unterstützen die Forderung 100,-- Euro Festbetrag plus 3,5 Prozent. Insbesondere der Festbetrag und die Höhe der Forderung ist den (öffentlichen) Arbeitgebern ein Dorn im Auge. Aber die Entscheidung für einen Festbetrag ist eine sinnvolle Forderung, um die auseinander klaffende Schere zwischen oberen und unteren Entgeltgruppen wieder etwas anzugleichen. Es sind vor allem die Beschäftigten der unteren Entgeltgruppen, die unsere Unterstützung benötigen. Das ist nur gerecht.

Wir ArbeitnehmerInnen und GewerkschafterInnen in der SPD unterstützen daher die Tarifforderungen der 2,1 Mio. Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften im Öffentlichen Dienst. Ihre Forderung ist auch unsere Forderung. Dementsprechend unterstützen wir die Gewerkschaften und ihrer Mitglieder bei entsprechenden Kampfmaßnahmen bis hin zum Streik!

Der Arbeitskampf der Gewerkschaften ist die Grundlage für die Tarifautonomie in Deutschland. Ohne Tarifkampf gibt es keine/n gerechten Lohn/Einkommen. Das Ergebnis des Tarifkampfes ist der gemeinsame Flächentarifvertrag TVöD, für dessen Weiterentwicklung und Ausweitung wir eintreten. Die Tarifverträge sind die Basis unserer Demokratie und das Funktionieren der Gesellschaft.

Wenn die (öffentlichen) Arbeitgeber nun mit den Drohungen, die Forderungen seien „zu hoch“, sie würden Arbeitsplätze und öffentliche Dienstleistungen gefährden, die Beschäftigten erpressen, damit diese ihre Forderungen aufgeben, so stellt das die Tarifautonomie infrage.

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD

AfA – Bezirksvorstand Hessen Süd



Lohnleitlinien seitens des Bundeswirtschaftsministeriums vor dem Tarifkampf sind kontraproduktiv.

Es ist an den Gewerkschaften und Arbeitgebern die Tarifforderungen frei zu verhandeln. Die Arbeitgeber haben bisher kein Angebot auf den Tisch gelegt, sie bezeichnen die Forderungen der Gewerkschaften als zu hoch.

Die Arbeitgeberseite hat „ausgeglichene Haushalte“ und die Einhaltung der Schuldenbremse als vorrangiges Ziel für die Tarifverhandlungen ausgegeben. Sie erpressen die Beschäftigten mit Einsparungen bei den öffentlichen Stellen, was Mehrarbeit bedeutet, und Auslagerungen von öffentlichen Dienstleistungen, was Privatisierung und damit die Zerstörung des Öffentlichen Dienstes bedeutet.

Wir ArbeitnehmerInnen und GewerkschafterInnen der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD Hessen-Süd haben uns daher dafür ausgesprochen und treten weiterhin ein: Für die Beendigung des Spardiktats im Bereich des öffentlichen Dienstes, für die ausreichende personelle Ausstattung von Schulen, Kindertagesstätten, Krankenhäuser, Nahverkehr, städtische Dienste in den Kommunen und Landkreisen Hessens. Die Einhaltung der Schuldenbremse verhindert derzeit die dringend notwendigen Investitionen für Schulen, Kindertagesstätten, Kanalisation, Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur. Die Schuldenbremse führt zum Abbau der Schwimmbäder, Bibliotheken, Bürgerhäuser, Sportplätze, in den Kommunen, die unter dem „kommunalen Rettungsschirm“ stehen. Die Schuldenbremse führt zum Abbau von 1.600 Stellen beim Land Hessen. Diese Politik muss gestoppt werden. Wir treten ein für den Erhalt und Ausbau des Öffentlichen Dienstes, Stopp der Privatisierungspolitik, Rückführung der Kliniken in die kommunale Trägerschaft, Respektierung und Umsetzung der Tarifabschlüsse trotz und gegen die Schuldenbremse.

Öffentliche Dienstleistungen und ordentliche Einkommen ist das, was die Menschen brauchen. Dafür macht sich die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD stark.

Der AfA-Bezirksvorstand Hessen-Süd

Frankfurt am Main, den 23. März 2014